

BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

NEWSLETTER AUSGABE 2/2012

1. [EDITORIAL](#)
 - Lothar Harles, Vorsitzender bap
2. [„FACEBOOK IST EINE NEUTRALE PLATTFORM“](#)
 - Interview mit Eva-Maria Kirschsieper, Manager Privacy & Policy bei Facebook
3. [„PARTIZIPATION IST DAS KÖNIGSZIEL POLITISCHER BILDUNG“](#)
 - Diskussion und Empfang beim Bundeskongress Politische Bildung
4. [„STREITFALL KOMPETENZEN“: PERSPEKTIVEN DER ANERKENNUNG NON-FORMALER BILDUNG](#)
 - bap-Fachtagung beleuchtet Grenzen und Möglichkeiten für die außerschulische politische Bildung
5. [GEMINI THEMENHEFTE ERSCHIENEN](#)
 - Broschüren zeigen Vielfalt der politischen Jugendbildung
6. [JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG](#)
 - Thema 2/2012: Generationen lernen (gemeinsam) Politik
7. [AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN](#)
 - Themen u.a. Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Rechtsextremismus und Bundesfreiwilligendienst
8. [TERMINE UND HINWEISE](#)
 - Informationen aus der Politischen Bildung

1. EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Vor rund sechs Wochen ging in Berlin der Bundeskongress Politische Bildung zu Ende. Erstmals wurde er mit der bpb, dem DVPB und dem bap von drei bundeszentralen Organisationen der politischen Bildung gemeinsam veranstaltet. Wenn man so will kam hier das gebündelte Know-how der politischen Bildung zusammen und hat gemeinsam ein dreitägiges Programm mit zahlreichen Podien und knapp 50 Workshops zusammengestellt. Was aber bleibt? Wir werden die Sommerpause nutzen, die Ergebnisse des Kongresses detailliert mit den Partnern auszuwerten. Lassen Sie mich dennoch ein kurzes Resümee ziehen:

Allein in Zahlen ausgedrückt war der Bundeskongress ein großer Erfolg: fast 900 Teilnehmende und rund 100 Referentinnen und Referenten zeigen, dass der Kongress sich zu einer, wenn nicht sogar der zentralen Veranstaltung für die Profession entwickelt hat. Auch qualitativ gab es gute Noten: Knapp 90% fanden die inhaltliche Konzeption gut oder sehr gut. Hervorgehoben wurden als Stärken die Aktualität des Schwerpunktthemas „Partizipation“, die Vielfalt der Themen sowie die Professionalität. Auch die Online-Beteiligungsformate im Vorfeld, z.B. zur Abstimmung über die Workshops, wurden hervorgehoben. Kritisiert wurde allerdings, dass sich gerade dieser partizipative Ansatz im Kongress nicht durch entsprechende Formate widerspiegelte. Wir nehmen diese Kritik ernst und werden sie bei unseren zukünftigen Überlegungen berücksichtigen.

In Kürze beginnen in London die Olympischen Sommerspiele. Lassen Sie mich in Abwandlung des Olympischen Gedankens für die Politische Bildung sagen: Dabei sein ist eben nicht immer alles. Aber es ist ein erster Schritt. Zu echter Beteiligung.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Sommerzeit.

Lothar Harles
Vorsitzender bap

[zur Übersicht](#)

2. „FACEBOOK IST EINE NEUTRALE PLATTFORM“

Interview mit Eva-Maria Kirschsieper, Manager Privacy & Policy bei Facebook

Durch das Internet und die Entwicklung von Sozialen Medien entstehen neue Diskussions-, Beteiligungs- und Protestkulturen im Netz. Neben Möglichkeiten für die Politische Bildung und Formen der Partizipation bergen soziale Netzwerke auch Risiken. Im Interview spricht Eva-Maria Kirschsieper, Manager Privacy & Policy bei Facebook über den Umgang mit rassistischen Inhalten, das Löschen von Inhalten und den Schutz der eigenen Daten.

Welche Möglichkeiten gibt es generell, um Facebook-Seiten mit (rechts)radikalen oder extremistischen Inhalten zu verbieten?

Grundsätzlich gilt, dass Facebook eine neutrale Plattform ist. Darüber hinaus gilt aber, dass alle Inhalte, die gegen die Nutzungsbedingungen („Du wirst keine Inhalte posten, die: verabscheuungswürdig, bedrohlich oder pornografisch sind, zu Gewalt auffordern oder Nacktheit oder Gewalt enthalten.“- www.facebook.com/terms/german.php) verstoßen, umgehend gelöscht werden. Ein Facebook-Team arbeitet intensiv daran, diese Inhalte so schnell wie möglich zu identifizieren.

Das heißt konkret: Volksverhetzende oder rassistische Inhalte werden auf Facebook nicht geduldet und gelöscht, sobald sie gefunden werden – vom Team, von technischen Mitteln und über Nutzer, die die Inhalte melden.

Zusätzlich gilt natürlich immer der Aufruf an alle User, entsprechende Inhalte, Gruppen und Seiten umgehend zu melden, oder besser noch: aktiv dagegen vorzugehen und selbst eine Gruppe oder Aktion zu starten. Auf Facebook können Personen, Seiten, Gruppen oder Kommentare gemeldet werden. Außerdem erlauben wir auch keine Seiten oder Profile mit Nazi-Symbolen. Darüber hinaus hat Facebook ebenfalls technische Lösungen entwickelt z.B. dass man bestimmte Namen oder Schlagwörter nicht verwenden kann. Weiterhin hat Facebook im April vergangenen Jahres seinen überarbeiteten Sicherheitsbereich für Familien vorgestellt. Mit ihm bietet Facebook eine weitere Anlaufstelle, für Strafverfolgungsbehörden, Eltern, Lehrer und Organisationen. Diesen finden Sie unter: <http://www.facebook.com/safety>. In einem YouTube-Kanal gibt es außerdem Videos zum Thema Sicherheit (www.youtube.com/facebookofsafety).

Auf Facebook fordern fast eine halbe Million User, die NPD-Seite zu löschen. Ist das überhaupt möglich, und wenn ja, warum bisher nicht geschehen?

Facebook ist wie erwähnt eine neutrale Plattform auf der jeder seine Meinung äußern kann, solange es sich im rechtlich zulässigen Rahmen bewegt und nicht gegen eben beschriebene Grundsätze verstößt. Die NPD ist eine legale Partei und kann somit zunächst einmal wie anderen Parteien auch eine Seite auf Facebook unterhalten oder Gruppen gründen – allerdings selbstverständlich nur, solange sie sich an die Regeln hält und dort keine rassistischen oder andere unzulässige Inhalte veröffentlicht. Es ist mir wichtig zu betonen, dass rassistische Inhalte keinen Platz haben, zu dieser Aussage stehen wir und fordern jeden auf, diese Inhalte bei Facebook zu melden. Wenn wir von derartigen Inhalten erfahren, werden diese von der Seite entfernt. Wir arbeiten im Übrigen gerade daran, die Nutzer noch besser dabei zu unterstützen, unzulässige Inhalte zu erkennen und zu melden.

Erst vor kurzem gab es wieder Probleme mit dem Löschen von Foto-Datensätzen. Schadet das auf Dauer nicht ihrer Popularität, wenn es immer wieder Negativ-Schlagzeilen gibt?

Die Systeme, die wir vor ein paar Jahren zur Speicherung von Fotos verwendeten, haben die Bilder nicht immer in einem angemessenen Zeitraum aus den so genannten Content Delivery Networks gelöscht, obwohl sie sofort von der Webseite entfernt wurden.

Daher haben wir hart daran gearbeitet, um unsere Fotospeicher auf neuere Systeme umzustellen, die gewährleisten, dass Fotos innerhalb von 45 Tagen nach dem Antrag auf Löschung komplett gelöscht werden. Dieser Prozess ist nahezu abgeschlossen und nur noch ein sehr kleiner Prozentsatz von Nutzer-Fotos muss von dem alten System migriert werden. Wir erwarten, dass dieser Prozess innerhalb der nächsten ein oder zwei Monate abgeschlossen sein wird. Dann werden wir noch einmal überprüfen, ob die Migration komplett abgeschlossen ist und anschließend alle alten Inhalte deaktivieren.

Welche Möglichkeiten gibt es für Nutzer, die all ihre bei Facebook hinterlegten Daten einsehen wollen?

Facebook bietet mit dem so genannten „Download your Information“-Werkzeug ein effektives Instrument, um einen Überblick über die eigenen Daten zu bekommen. Dies wurde Ende Dezember nach einer langwierigen Prüfung durch die Irische Datenschutzbehörde bestätigt. Weiterhin einigten wir uns mit der Behörde aber darauf, einen noch umfangreicheren Zugang über das Download Your Information Werkzeug anzubieten. Darüber hinaus bietet das Aktivitätenprotokoll der neuen Chronik einen weiteren sehr effektiven Weg, die eigenen Daten zu kontrollieren.

Gibt es überhaupt die Möglichkeit, auf Wunsch dauerhaft alle Daten eines Nutzers zu löschen?

Grundsätzlich gilt: der Nutzer hat auf Facebook die Kontrolle über seine eigenen Daten – im Übrigen behält er auch die Rechte an seinen Inhalten. In den letzten Monaten haben wir kontinuierlich neue Wege geschaffen, um diese Kontrolle noch besser ausüben zu können. Z.B. über das nachträglich Verändern der Sichtbarkeit von Beiträgen. Das Löschen der eigenen Inhalte – oder auch des ganzen Profils ist Teil dieser Kontrolle über die Daten. Auch an dieser Stelle sind neue Instrumente geschaffen worden – z.B. das angesprochene Aktivitätenprotokoll, welches mit der neuen Chronik eingeführt wird, mit denen die Menschen ihre Inhalte einfacher löschen können.

Was wollen Sie in Zukunft tun, um die persönlichen Daten der Nutzer zu sichern?

Die Sicherheit der Menschen und ihre Informationen auf Facebook hat für uns oberste Priorität. Diese zu gewährleisten ist und bleibt unsere Verpflichtung. Hieran arbeiten wir intern mit technischen Mitteln, gleichzeitig geben wir den Nutzern auch zahlreiche Instrumente an die Hand, selber die Sicherheit der Daten zu unterstützen. Diese Instrumente können z.B. aktiv selber genutzt werden etwa über die eigenen Sicherheitseinstellungen: www.facebook.com/settings?tab=security, aber auch durch das eigenen Verhalten kann man an der Datensicherheit mitwirken. Hierzu geben wir z.B. im so genannten Safety-Center Tipps: www.facebook.com/safety/tools/.

Eva-Maria Kirschsieper ist Manager Privacy & Policy bei Facebook in Deutschland. In dieser Funktion ist sie Ansprechpartnerin für die Politik und die Datenschützer in Deutschland. Über [www.facebook.com/ PublicPolicyOfficeBerlin](http://www.facebook.com/PublicPolicyOfficeBerlin) kann jeder direkt mit ihr in Kontakt treten.

(Interview mit freundlicher Genehmigung der AKSB/ „www.wir-bewegen-schule.de“)

[zur Übersicht](#)

3. „PARTIZIPATION IST DAS KÖNIGSZIEL POLITISCHER BILDUNG“

Diskussion und Empfang beim Bundeskongress Politische Bildung

„Was ist das Politische an der Partizipation“ – unter diesem Motto hatten Wochenschau Verlag und bap als Herausgeberkreis des Journals für politische Bildung zur Diskussion am zweiten Tag des Bundeskongress Politische Bildung eingeladen. Beim anschließenden gemeinsamen Empfang der Veranstalter des Bundeskongress stand das Thema „Politische Transparenz als Voraussetzung für Partizipation im Fokus.“

Die Veranstaltungen in der Katholischen Akademie griffen damit das zentrale Kongressthema der Partizipation auf. Ausgangspunkt der Diskussion von Wochenschau Verlag und bap war ein Beitrag von Prof. Herfried Münkler, Humboldt-Universität Berlin, in dem er das Spannungsfeld von aktiver Bürgerschaft und bürgerschaftlichem Engagement beleuchtete. Münkler beobachtet dabei ein wachsendes bürgerschaftliches Engagement, das sich jedoch „meist in monothematischen Projekten, wie Fluglärmprotest oder Bewegungen wie Stuttgart 21 ausdrückt“. Dies gehe zulasten einer echten politischen Partizipation. Für ihn ist das langfristige Engagement auf kommunaler Ebene die beste Form der politischen Bildung. „Menschen lernen dadurch Strategien der Kompromissbildung und auch was es heißt, Wunsch und Wirklichkeit gegeneinander abzuwägen“, so Münkler. Mit Sorge sieht er daher die zunehmende „Erosion der politischen Parteien“, die sich in geringeren Mitgliedern wie auch schwindendem Engagement niederschläge.

Für Benedikt Widmaier, im Redaktionsteam für den Bereich der politischen Jugendbildung zuständig, ist „Partizipation das Königsziel der politischen Bildung“. Auch er kann keine sog. „Spin-Over-Effekte“ von zivilgesellschaftlichem Engagement auf politische Partizipation sehen, stellte aber gleichzeitig heraus, dass insbesondere die Jugendlichen keineswegs partizipationsverdrossen seien.

„Wer früh beginnt, der bleibt“, brachte es eine Teilnehmerin auf eine einfache Formel und plädierte, anders als Münkler, für einen weiter gefassten Politikbegriff. Jugendliche stellten sich die Frage was Politik mit ihrer Lebenswelt zu tun habe. „Junge Menschen finden den Zugang zu politischer Bildung nicht über Parteien“.

Politische Transparenz als Voraussetzung von Partizipation

Im Anschluss an die Veranstaltung des Journals fand ein Empfang von bap, bpb und DVPB statt, an dem auch Mitglieder des Kuratoriums der Bundeszentrale teilnahmen. MdB Ernst-Reinhard Beck, Vorsitzender des Kuratoriums, gratulierte der Bundeszentrale und ihren Mitarbeitern zum 60-jährigen Bestehen der einst für den bundesdeutschen „Heimatsdienst“ gegründeten Behörde. Er erinnerte an die grundlegende Aufgabe der politischen Bildung, die Sprache der Politik für die Bürger und Bürgerinnen zu übersetzen – eine Aufgabe, die gerade auch im Zeitalter der medialen Informationsfülle aktuell bleibe und die eine unerlässliche Voraussetzung für das Interesse an und die Fähigkeit zu Partizipation darstelle. Lothar Harles dankte Beck für sein Engagement als Parlamentarier für die politische Bildung. „Den Teilnehmenden ist deutlich geworden, welche Unterstützung sie durch Ihr Engagement im Parlament haben und wie komplex die Frage von Transparenz und Vertrauen ist.“

Informationen zum Bundeskongress und Dokumentation unter: <http://www.bundeskongress-partizipation.de/>

[zur Übersicht](#)

4. „STREITFALL KOMPETENZEN“: PERSPEKTIVEN DER ANERKENNUNG NON-FORMALER BILDUNG

bap-Fachtagung beleuchtet Grenzen und Möglichkeiten für die außerschulische Politische Bildung

Kompetenz – so scheint es – ist der Schlüsselbegriff der politischen, wissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussionen. Was aber bedeutet er für die Politische Bildung? Wie kann der Diskurs um den Kompetenzbegriff, der derzeit in der Diskussion um den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) geführt wird, in der Politischen Bildung gestaltet werden? Was hat die Kompetenzdebatte, mit Bildung, Validierung und Wirkung Politischer Bildung sowie dem Selbstverständnis der Profession zu tun?

Die bap-Fachtagung „Streitfall Kompetenzen“, die Ende März in Frankfurt stattfand, ging diesen Fragen aktiv nach. Ulrich Ballhausen, Europäische Jugendbildungs- und begegnungsstätte Weimar, hielt eine Einführung zum Stand des gesellschaftspolitischen Diskurses um den DQR und die Politischer Bildung. Benedikt Widmaier, Haus am Maiberg, und Dr. Paul Ciupke, Bildungswerk der Humanistischen Union, gingen anschließend in einer Pro- und Contra-Diskussion der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der Anbindung der Politischen Bildung an den DQR nach. Zwei Arbeitsgruppen unter der Leitung von Rolf Witte, Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung und Prof. Dr. Klaus Peter Hufer, Universität Duisburg/Essen widmeten sich abschließend den Fragen von Validierung und Dokumentation außerschulischer Politischer Bildung sowie dem Spannungsverhältnis von Kompetenz und Bildung.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat nunmehr entschieden, sich aktiv und mitgestaltend in den Diskurs um die Dokumentation und Anerkennung non-formal erworbener Lernleistungen einzubringen. „Wir sehen hierin die Chance mit zu gestalten und die Spezifika der Politischen Bildung in den Gesamtdiskurs einzubringen“, begründete Barbara Menke, bap-Vorstandsmitglied und Leiterin der Arbeitsgruppe Grundsatz, die Entscheidung. Darüber hinaus wird in dem Diskurs eine Möglichkeit gesehen, zur Stärkung der Weiterbildung und der Politischen Bildung beizutragen. „Inhaltlich wird es darum gehen, den Diskurs um die Kompetenzorientierung als Fachdiskurs voran zu bringen. Auf der anderen Seite geht es darum, den bildungspolitischen Diskurs als bap aktiv mit zu gestalten“, so Menke weiter.

Bezogen auf den fachlichen sowie den bildungspolitischen Diskurs wird sich der bap auf die Bearbeitung und Diskussion folgender Kernbereiche konzentrieren:

1. Welche fachlichen Kompetenzen müssen die Lehrenden in der Politischen Bildung haben, um das Fach profiliert vertreten zu können?
2. Welche Kompetenzen können die Teilnehmenden in der Politischen Bildung erwerben?
3. Wie kann eine geeignete Dokumentation innerhalb der Politischen Bildung erworbenen Lernkompetenzen aussehen?
4. Welche Resonanzen, Effekte, Wirkungen können durch eine Teilnahme in der Politischen Bildung benannt und beschrieben werden?
5. Diskurs darüber, wie und in welcher Form in der Politischen Bildung erworbene Kompetenzen eingebunden werden in vorhandene oder noch zu entwickelnde Anerkennungssysteme.
6. Konsequente Kommunikation und Transparenz über die Diskurse und die einzelnen optionalen Schritte zur Umsetzung.

Um diesen großen Themenkomplex zu bearbeiten plant der bap regelmäßige Fachforen durchführen, in denen die genannten fachlichen Themenfelder sowie der bildungspolitische Diskurs mit den Trägern und Verantwortlichen der Politischen Bildung diskutiert werden. Daneben soll der aktuelle Diskussionsstand - sowohl fachlich sowie bildungspolitisch - in einem themenspezifischen Heft des Journals der Politischen Bildung veröffentlicht werden. Außerdem geplant sind Expertisen u.a. zum Thema „Dokumentation von Lernleistungen in der Politischen Bildung“.

[zur Übersicht](#)

5. GEMINI THEMENHEFTE ERSCHIENEN

Broschüren zeigen Vielfalt der politischen Jugendbildung

Die Praxis politischer Jugendbildung hat viele Gesichter, beschäftigt sich mit einem breiten Spektrum aktueller Themen und wird in unterschiedlichen Angeboten realisiert. Sie fördert die Demokratie- und Politikfähigkeit von Kindern und Jugendlichen. In den Veranstaltungen machen sie Erfahrungen mit Fragen von Gerechtigkeit, Interessen, Macht und Herrschaft und den Grundlagen eines demokratischen Zusammenlebens. Politische Jugendbildung macht Mut, sich eigene Gedanken zu machen und sich einzumischen. Sie zeigt, wie Demokratie funktioniert und wie man sich an der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens beteiligen kann. Die außerschulische politische Jugendbildung richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen und vertraut auf deren Stärken und deren Motivation.

Einen Einblick in die vielfältige Praxis politischer Jugendbildung geben drei von der GEMINI (Gemeinsame Initiative der bundeszentralen Träger politischer Jugendbildung im bap) herausgegebene Themenhefte.

Das Heft „Demokratie ist nie bequem, macht aber richtig Spaß“ enthält kurze Berichte über verschiedene aktuelle Projekte der politischen Jugendbildung, in denen gezeigt wird, dass das Politische in der Bewältigung persönlicher Lebenssituationen, in jugendkulturellen Trends, im Sozialraum und im gesellschaftlichen und politischen Engagement steckt.

[GEMINI Heft 1: Demokratie ist nie bequem, macht aber richtig Spaß](#)

Im Heft mit dem Titel „Ich fand’s Hammer“ werden Vorhaben der politischen Jugendbildung präsentiert, die sich an Jugendliche richten, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden. Diese haben Erfahrungen mit Ausgrenzung, mit Scheitern, mit Hoffnungslosigkeit. Hier geht es der politischen Jugendbildung vor allem darum, den Fragen der Jugendlichen Raum zu geben und sie bei der Suche nach Antworten, Urteilen und Handlungsmöglichkeiten zu unterstützen. Das Einfordern von Gerechtigkeit, das Gefühl eigener Ohnmacht, der Zorn über Diskriminierung oder die Sorge um die persönliche und gesellschaftliche Zukunft führen zu Anfragen und Forderungen gegenüber Gesellschaft und Politik.

[GEMINI Heft 2: Ich fand’s Hammer](#)

Das Heft „Unter die Haut“ enthält Beispiele politischer Jugendbildung, die das Thema „Rechtsextremismus“ als besondere Herausforderung aufnehmen. Dabei geht es z. B. um Aufklärung über das, was als ‚Erlebniswelt Rechtsextremismus‘ daher kommt. Es geht um die Auseinandersetzung mit den Folgen von Menschenverachtung und Diskriminierung oder um die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte. Insbesondere geht es jedoch um die Unterstützung von Jugendlichen, die sich für die Demokratie engagieren und sich in phantasievollen Aktivitäten für Toleranz und Vielfalt einsetzen.

[GEMINI Heft 3: Unter die Haut](#)

Gedruckte Exemplare der Hefte können in begrenzter Anzahl in den Geschäftsstellen der Mitgliedsverbände der GEMINI oder bei der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Auguststraße 80, 10117 Berlin, E-Mail: office@politische-jugendbildung-et.de bezogen werden.

Darüber hinaus stehen die Broschüren auf der bap-Website zum Download zur Verfügung unter <http://www.bap-politischebildung.de/category/gemini/>

[zur Übersicht](#)

6. JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Thema 2/2012 Generationen lernen (gemeinsam) Politik

Kürzlich erschien die zweite Ausgabe 2012 des Journals für Politische Bildung. Lesen Sie hier das Editorial von Chefredakteur Johannes Schillo.

Editorial

2012 ist das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen. Es soll, so die Zielsetzung der EU, Gelegenheiten schaffen, darüber nachzudenken, „dass die Europäer länger leben und länger gesund bleiben als je zuvor – und uns der Chancen bewusst zu werden, die darin stecken.“ Dass der Hinweis auf die Chancen notwendig ist, machte in Deutschland Anfang 2012 eine parlamentarische Initiative deutlich. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes ging mit der Idee an die Öffentlichkeit, das Grundgesetz zu ändern, um Benachteiligungen aufgrund des Alters zu verhindern. Vorgeschlagen wurde eine Überarbeitung des Artikels 3 GG, der es verbietet, dass Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer Religion benachteiligt werden. An dieser Stelle sollte, so die Initiative, nun auch das Alter aufgezählt werden.

Dies wirft ein Schlaglicht darauf, dass Solidarität keine Selbstverständlichkeit ist. Im Gegenteil, das Verhältnis der Generationen ist vielfach belastet. Das beginnt mit den harten Fakten des Wirtschaftslebens, wo das Reservoir junger, „unverbraucher“ Arbeitskräfte immer noch als Maßstab der Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft gilt. Das setzt sich fort in der sozialpolitischen Lastenverteilung – genannt sei hier der berühmte Generationenvertrag –, wo Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Jung und Alt geschaffen und damit allerlei Gerechtigkeitsfragen aufgeworfen werden. Das endet nicht zuletzt bei gesellschaftlichen Leitbildern, die Jugendlichkeit idealisieren oder das Alter ausblenden, so dass, wie die kulturkritische Klage lautet, der Respekt vor den Alten schwindet. Dabei ist allerdings anzumerken, dass die beklagte Respektlosigkeit zum Erbe der abendländischen Tradition gehört und schon vor 2500 Jahren das attische Theaterpublikum erbaute...

Über diese Verhältnisse nachdenken will, wie die EU empfiehlt, die vorliegende Ausgabe des Journals. Sie beginnt mit einem Beitrag von Prof. Ute Karl (Universität Luxemburg), die kritisch nachfragt, was mit der Rede von den Generationen alles impliziert ist und wie von daher die Postulate des intergenerationellen Lernens zu beurteilen sind. Dem schließen sich drei Praxisreflexionen an. Peter Wetzell von der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben stellt Erfahrungen mit dem Ansatz der Geschichtswerkstatt vor – also mit einem Ansatz, der für das gemeinsame Lernen von Jung und Alt prädestiniert ist. Michael Götz und Titus Möllenbeck, Bildungsreferenten im Haus am Maiberg, lassen verschiedene intergenerationelle Projekte der außerschulischen politischen Bildung Revue passieren. Aus der Bildungsarbeit konfessioneller Träger berichten dann Sandra Kleideiter und Tobias Thiel. Sie richten den Blick darauf, wie die Zielgruppe der Kinder in politische Lernprozesse einbezogen werden kann. Abschließend geht Johannes Schillo (Journal-Redaktion) auf die Frage ein, welche Herausforderungen sich mit der demographischen Entwicklung und dem dazu gehörigen Diskurs für die politische Bildung stellen.

Weitere Heftplanung:

Heft 3/12 Neue Formate
Heft 4/12 Gesellschaft gemeinsam gestalten

Bezugsbedingungen

„Journal für politische Bildung“ erscheint vierteljährlich. Das Jahresabonnement kostet EUR 56,00, das Einzelheft EUR 16,80, jeweils zuzüglich Versandkosten. Verlag und Bezugsadresse: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196/84010, Fax: 0 61 96 /86065, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de, journal@wochenschau-verlag.de

[zur Übersicht](#)

7. AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN

Themen u.a. Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Rechtsextremismus und Bundesfreiwilligendienst

Der Deutsche Bundestag hat Sommerpause. Die erste Sitzungswoche beginnt am 10. September.

Wahlvorschläge für Kuratorium der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Die fünf Bundestagsfraktionen haben gemeinsam Wahlvorschläge (17/10090) für die Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vorgelegt. Für die CDU/CSU-Fraktion soll danach die CDU-Abgeordnete Karin Maag dem Gremium angehören. Die SPD-Fraktion hat ihr Mitglied Dietmar Nietan nominiert und die FDP-Fraktion den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Max Stadler. Die Fraktion Die Linke will ihre Abgeordnete Ulla Jelpke entsenden und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Parlamentarischen Geschäftsführer Volker Beck. Die Wahlvorschläge stehen am Donnerstagmittag im Bundestagsplenum zur Abstimmung.

Quelle: hib Nr. 323, Do, 28. Juni 2012

Ausschuss gibt grünes Licht für Verbunddatei gegen Rechtsextremismus

Der Innenausschuss hat den Weg für die geplante Verbunddatei gegen Rechtsextremismus frei gemacht. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP sowie der oppositionellen SPD-Fraktion verabschiedete der Ausschuss am Mittwoch den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf „zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus“ (17/8672) in modifizierter Fassung. Mit der Vorlage, die am Donnerstag zur abschließenden Beratung auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums steht, sollen die gesetzlichen Grundlagen für die Errichtung einer gemeinsamen Datei und deren Nutzung durch die Polizeien und Nachrichtendienste geschaffen werden. Ziel ist es, „angesichts der Bedrohung durch den gewaltbezogenen Rechtsextremismus den Informationsaustausch zwischen Polizeien und Nachrichtendiensten weiter zu verbessern“. Weitere Infos:
http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_06/2012_319/01.html

Quelle: hib Nr. 319, Mi, 27. Juni 2012

41 Menschen im April infolge politisch rechts motivierter Kriminalität verletzt

Im April dieses Jahres sind in Deutschland 41 Menschen infolge politisch rechts motivierter Straftaten verletzt worden. Wie aus der Antwort der Bundesregierung (17/9898) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/9794) weiter hervorgeht, wurden zu den für April 2012 erfassten 987 politisch rechts motivierten Straftaten insgesamt 408 Tatverdächtige ermittelt, von denen 382 männlich waren. 15 Männer wurden den Angaben zufolge festgenommen. Die genannten Zahlen können sich laut Regierung „aufgrund von Nachmeldungen noch (teilweise erheblich) verändern“.

Neun Menschen im ersten Quartal 2012 infolge antisemitischer Straftaten verletzt

Im ersten Quartal dieses Jahres sind in Deutschland laut Bundesregierung neun Menschen infolge politisch motivierter Straftaten mit antisemitischem Hintergrund verletzt worden. Wie aus der Antwort der Bundesregierung (17/9901) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/9795) weiter hervorgeht, wurden im ersten Quartal 2012 insgesamt 239 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet. Darunter waren laut Vorlage sieben Gewalttaten und 46 Propagandadelikte. Zu den genannten 239 Straftaten seien insgesamt 122 Tatverdächtige ermittelt und acht Personen

festgenommen worden. Die angegebenen Zahlen werden sich den Angaben zufolge „aufgrund von Nachmeldungen und Korrekturen noch (teilweise erheblich) verändern“.

Quelle: hib Nr. 315, Di, 26. Juni 2012

Regierung: Mehr als 85.000 Menschen engagieren sich in Freiwilligendiensten

Seit seiner Einführung am 1. Juli 2011 haben sich 42.241 Frauen und Männer für einen Dienst im Bundesfreiwilligendienst verpflichtet. Dies teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/9548) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/9123) mit. Rund 47 Prozent der Freiwilligen hätten sich für einen Dienst für zwölf Monate, 16 Prozent für mehr als zwölf Monate und 36 Prozent für weniger als zwölf Monate verpflichtet. 28.274 der Freiwilligen seien unter 27 Jahren, 11.629 zwischen 27 und 60 Jahren und 2.338 über 60 Jahre.

Zusammen mit den Jugendfreiwilligendiensten (JFD) der Bundesländer engagieren sich nach Regierungsangaben derzeit mehr als 85.000 Menschen in einem gesetzlich geregelten Freiwilligendienst. Damit sei die angestrebte Zielmarke von 70.000 Freiwilligen „erreicht und übertroffen“. Die Befürchtungen, der neue BFD könne sich zu einer Konkurrenz für die bestehenden Freiwilligendienste werden, haben sich nicht bewahrheitet. Es finde auch keine „Umschichtung“ von Bewerbern von den Jugendfreiwilligendiensten zum BFD statt.

Quelle: hib Nr. 280, Mi, 6. Juni 2012

Handlungsempfehlungen Bildung und Forschung fertiggestellt

Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Die Projektgruppe Bildung und Forschung hat sich am 11. Juni 2012 zu einer abschließenden Sitzung getroffen und ihren Handlungsempfehlungen den letzten Schliff gegeben. Dabei konnte sie bei fast allen Empfehlungen Einigkeit erzielen und sich auf eine gemeinsame Formulierung verständigen. Die Empfehlungen gliedern sich entsprechend der Bestandsaufnahme in die Bereiche frühkindliche Bildung, Primar- und Sekundarbildung, Hochschulbildung, Aus- und Weiterbildung sowie digitale Informations- und Kommunikationstechnologien als Gegenstand von Forschung und Innovation. Der Zwischenbericht Bildung und Forschung wird in Kürze erscheinen.

Weiterhin sind im Juni erstmals die vier neuen Projektgruppen der Enquete-Kommission zusammengetreten. Die Projektgruppen werden sich mit den Themen Kultur, Medien, Öffentlichkeit; mit Interoperabilität, Standards, Open Source; mit Verbraucherschutz sowie dem Thema Internationales und Internet Governance befassen.

Informationen unter <http://www.bundestag.de/internetenquete/index.jsp>

[zur Übersicht](#)

8. TERMINE UND HINWEISE

Informationen aus der Politischen Bildung

Alle Hinweise, Veranstaltungen und Termine finden Sie auch auf unserer Website www.bap-politischebildung.de. Dort erhalten Sie auch weiterführende Informationen und Links.

Termine und Hinweise

Weitere Infos zur Terminen und Hinweisen finden Sie auch auf unserer Website www.bap-politischebildung.de

Runder Tisch der bpb

Der Runde Tisch der politischen Bildung, das Konsultations- und Koordinationsgremium von Bundeszentrale und Bildungsträgern, kam im Anschluss an den Kongress am 23. Mai in Berlin zu seiner ersten Sitzung des Jahres 2012 zusammen. In das Gremium, das seit über zehn Jahren besteht, waren 2011 sechs neue Mitglieder berufen worden, so dass ein repräsentativer Kreis aus dem breiten Spektrum der rund 400 durch die Bundeszentrale geförderten Einrichtungen vertreten ist.

Nach dem Konsolidierungsprozess der letzten beiden Jahre sind im Eckpunktepapier des BMI nun neben dem sicherheitspolitischen Bereich auch zusätzliche Mittel für die politische Bildung enthalten. Der Etat der bpb wird um Mittel für die Bearbeitung des Themenfeldes Rechtsextremismus für das kommende Jahr aufgestockt. In der mittelfristigen Finanzplanung sind ab dem Jahr 2014 ebenfalls Zusatzmittel vorgesehen.

Im Mittelpunkt der Sitzung des Runden Tisches stand die Vorstellung von zwei Projekten, die entscheidende Unterstützung durch die Bundeszentrale erfahren haben. Zum einen ging es um die Präsentation des MIGELO-Projektes und die Vorstellung des Bundesverbandes russischsprachiger Eltern (BRV), also um die Bildungsarbeit von Migrantenselbstorganisationen, die bereits bei früheren Sitzungen des Runden Tisches Thema war. Zum anderen stellte der Politische Arbeitskreis Schulen (PAS) seine Qualifizierungsmaßnahmen für die seit 18 Jahren von ehrenamtlich arbeitenden Jugendlichen durchgeführten „Jugendmediencamps“ vor. Ziel war es hier, die politisch-bildende Dimension in der Medienpädagogik zu verstärken. Schließlich wurde seitens der Bundeszentrale über weitere Vorhaben informiert, so über die Beschäftigung mit der Rolle des Web 2.0, die die bpb weiterhin aktiv unterstützen will. Der Runde Tisch wird vor seinem regulären Herbsttreffen am 4. Oktober 2012 in Bonn am 5. September in Berlin zu einer Sitzung zusammenkommen, um über die neuen Förderschwerpunkte der Bundeszentrale und den Umgang mit den neuen bpb-Förderrichtlinien, die Anfang 2013 in Kraft treten sollen, zu beraten.

Runder Tisch Aufnahmegesellschaft des BAMF

Barbara Menke, bap-Vorstandsmitglied, vertritt den bap beim „Runden Tisch Aufnahmegesellschaft“ beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ziel des Runden Tisches ist eine Versachlichung der Diskussion. Im Mittelpunkt aller Überlegungen steht die Frage, wie die Aufnahmegesellschaft erreicht und angesprochen werden kann. Es gilt, Antworten auf folgende drei Fragen zu finden: Wie müssen Strukturen und Programm angepasst werden? Wie muss eine optimale Kampagne aussehen? Wie können schon bestehende Angebote genutzt werden, um das Thema zu kommunizieren?

Zwischenzeitlich wurden drei Arbeitsgruppen eingerichtet, der bap arbeitet in der AG „Interkulturelle Öffnung durch politische Bildung“ mit. Ziel ist es, Empfehlungen für die interkulturelle Öffnung von Verbänden, Einrichtungen und Angeboten zu erarbeiten. Die Ergebnisse der AG werden in einem Dokument zusammengefasst und mit Empfehlungen versehen. Angedacht ist auch ein Kongress zur Präsentation der Ergebnisse.

BMBF-Förderprogramm „Kultur macht stark“ Außerschulische Bildungs- und Kulturangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche

„Kultur macht stark.“ Unter diesem Motto fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung ab 2013 außerschulische Angebote der kulturellen Bildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Gefördert werden beispielsweise Ferienfreizeiten und Sommerakademien mit kulturellem Bezug, Musik- und Theaterinszenierungen oder Paten- und Mentorenprogramme, bei denen junge Menschen an Kunst, Musik, Literatur oder die neuen Medien herangeführt werden. Die Förderung beginnt 2013 und erstreckt sich über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren. 2013 stellt das BMBF dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung. Für die Folgejahre ist eine Steigerung auf bis zu 50 Millionen Euro geplant.

Die Förderung der lokalen Bündnisse für Bildung erfolgt über bundesweite Verbände und Initiativen, die sich bis zum 31. Juli mit Konzepten um eine Beteiligung an dem Förderprogramm bewerben können.

Der bap ist Mitglied der „Allianz für Bildung“ und begleitet das Programm aktiv
Mehr Infos unter: <http://www.bmbf.de/press/3276.php> oder unter <http://www.bap-politischebildung.de/2012/05/bmbf-foerderprogramm-buendnisse-fuer-bildung/>

Studie „Participatory Citizenship in the EU“

Eine im Auftrag der Europäischen Kommission erstellte Studie „Participatory Citizenship in the EU“ geht der Frage nach, wie und in welchem Umfang Menschen in Europa sich an Gesellschaft, Gemeinwesen und Politik beteiligen bzw. was sie daran hindert. An der Studie waren acht Partner aus sieben Ländern beteiligt, darunter auch Mitglieder des Europäischen Netzwerks DARE. Die Studie, die einen Schwerpunkt auf politische Jugendbildung und Schule legt, zeigt, dass sich partizipative Bürgerschaft, ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Zusammenhalt gegenseitig bedingen. Sie kommt allgemein zu dem Schluss, dass Strategien entwickelt werden müssen, die Menschen dazu ermutigen, sich in ihrem Gemeinwesen, in der Politik und anderen Entscheidungsverfahren, auf kommunaler, nationaler und auf EU-Ebene, einzumischen.

Eine Kurzzusammenfassung findet sich unter:
http://www.southampton.ac.uk/mediacentre/news/2012/jun/12_103.shtml

Die vollständigen Berichte gibt es unter: http://ec.europa.eu/citizenship/news-events/news/29052012_de.htm

Web 2.0 Seminar von pb21 12. bis 17. August in Hattingen

Im August 2012 findet in Hattingen eine neue Fortbildung zu Web 2.0 in der politischen Bildung statt. Vom 12. bis 17. August 2012 findet sie im Rahmen des Hattinger Mediensommers statt. Neben der praktischen Arbeit mit digitalen Werkzeugen werden auch Themen wie Daten- und Jugendschutz erörtert.

Die Teilnahmegebühr von 140 Euro umfasst Unterkunft und Verpflegung.
Details und das Programm finden Sie hier:
<http://pb21.de/2012/06/pb21-veranstaltung-2012/>

„Privat vor Staat? Öffentliche Daseinsvorsorge unter Kommerzialisierungszwang“ 27. bis 31. August 2012, Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn

Privatisierung galt lange als Zauberformel für den Weg zu einem schlanken Staat. Die Veräußerung kommunaler Dienstleistungsbereiche sollte leere Staatskassen auffüllen und für eine ausgeglichene Haushaltslage sorgen. Grenzenlos schienen die Möglichkeiten für die Kommerzialisierung staatlicher Leistungen. Die Privatisierung erfasste den Telekommunikationsbereich, Medizin und Krankenhäuser, Müll- und Abfallentsorgung, Immobilien, Schule und Bildung, Gefängnisse und Sicherheit, Wasserver- und entsorgung und vieles mehr. Doch wie sieht die Bilanz tatsächlich aus? Welche (vor allem schlechten) Erfahrungen haben wir gemacht? Wer zahlt die Zeche für gescheiterte Privatisierungen? Wir untersuchen Folgen und Konsequenzen von Privatisierungen und setzen uns damit auseinander, welche Handlungsoptionen Bürgerinnen und Bürger haben. Veranstalter ist das „ForumNRW – Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 100,00. Für die Seminarteilnahme kann Bildungsurlaub beantragt werden.
Anmeldung bei Christiane.Woggon@fes.de oder unter <http://www.fes-forum-nrw.de/seminare.html>

**„Nordrhein-Westfalen: Ein Bundesland im Aufbruch?“
03. bis 07. September 2012, Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn**

Das einwohnerreichste Bundesland hat in den letzten 65 Jahren einen grundlegenden Strukturwandel erfahren. Von einer Montanregion wandelte es sich zunehmend zu einem durch den Dienstleistungssektor geprägten Wirtschaftsstandort. Als wirtschaftsstarkes Bundesland steht NRW derzeit sowohl wirtschafts- als auch gesellschaftspolitisch vor wichtigen Weichenstellungen. Wie werden sich die zukünftigen energiepolitischen Entscheidungen für NRW als größten Stromproduzenten Deutschlands auswirken? Wie begegnet das Bundesland dem demografischen Wandel und dem erwarteten Fachkräftemangel? Welche Weichen werden mit der bereits beschlossenen Schulreform in der Bildungspolitik gestellt? Wie gestaltet sich die Integrationspolitik? Das Seminar zieht Bilanz, fragt nach aktuellen Herausforderungen für die landespolitische Entwicklung und untersucht Optionen für den Zukunftswandel. Höhepunkt wird ein Besuch des Düsseldorfer Landtags und die Diskussion mit Abgeordneten sein. Veranstalter ist das „ForumNRW – Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 100,00. Für die Seminarteilnahme kann Bildungsurlaub beantragt werden. Anmeldung bei Kim.Hegelau@fes.de oder unter <http://www.fes-forum-nrw.de/seminare.html>

**„Weiterbildung ist mehrWert“
Deutscher Weiterbildungstag am 21. September 2012**

Der „Deutsche Weiterbildungstag“ geht am 21. September 2012 in die nächste Runde. Unter dem Motto „Weiterbildung ist mehrWert“ sind Unternehmen, Verbände und Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sind eingeladen, sich an der bundesweiten Aktion zu beteiligen. Der Deutsche Weiterbildungstag ist eine gemeinsame Initiative verschiedener Verbände, Institutionen und Unternehmen der Weiterbildungsbranche. Er wurde im Jahr 2007 vom Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) und dem Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) initiiert. Seither ist der Kreis der Veranstalter erheblich größer geworden. Interessierte Organisationen und Institutionen können sich auf der Homepage des Weiterbildungstags registrieren und ihre Veranstaltungen online einstellen. Es gibt keine thematische Festlegung. Dies kann eine ohnehin geplante Veranstaltung sein oder aber eine Aktion, die speziell für den Weiterbildungstag konzipiert ist. Auf der Website des Weiterbildungstags findet sich ein umfassender Aktionsleitfaden mit Tipps und Checklisten. Alle Veranstaltungen erscheinen in einer sog. „Aktionslandkarte“. Alle Informationen zu Registrierung, Anmeldungen und geplanten Veranstaltungen unter www.deutscher-weiterbildungstag.de

**Kommunalpolitik und Sport
Online-Seminar der FES startet am 20. Oktober**

Die neue Online-Kursreihe stellt die Bedeutung und Zukunft des Sports für die Kommune ins Zentrum und beleuchtet das Verhältnis von Sportpolitik, Verwaltung und Sportvereinen. Der Kurs richtet sich an Akteure aus Kommunalpolitik und -verwaltung und Sportvereinen sowie sportpolitisch Interessierte. Laufzeit: 20. Oktober 2012 bis 10. November inklusive zwei Präsenztreffen in Hamburg. Informationen und Anmeldung unter www.fes-kommcheckers.de/kommспорт1

Veranstaltungshinweise und Dialogreihe der Kurt-Schumacher-Akademie der FES, Bad Münstereifel, Infos und Anmeldung unter muenstereifel@fes.de

Das rebellische Jahrzehnt - Politik und Gesellschaft im Deutschland der 60er Jahre

16. bis 20. Juli (Mo. 14.30 Uhr - Fr. 14.00 Uhr)
1968: Proteste auf den Straßen und in den Universitäten, Hunderttausende junger Menschen wollen mehr Demokratie und stellen Autoritäten in Frage, ein neues Lebensgefühl breitet sich aus.

Was waren die Auslöser der Proteste? Welche gesellschaftlichen Verkrustungen waren Anlass für die sogenannte "68er-Bewegung" - und welche Veränderungen wurden erreicht? Gibt es Parallelen zwischen damals und der aktuellen "Wutbürger"-Bewegung in Deutschland?

Die USA vor den Präsidentschaftswahlen im November 2012

20. bis 24. August (Mo. 14.30 Uhr - Fr. 14.00 Uhr)

Politisches System, Parteien und Medien: Wie funktioniert Amerikas Demokratie? Welche (ökonomische) Macht haben Interessengruppen? Welchen Einfluss hat der Wahlausgang auf Europa und Deutschland?

Welche Rolle spielen die USA in der Weltpolitik? Von der Weltmacht und 'Führungsrolle der westlichen Welt' zur Konkurrenz des aufstrebenden Chinas und des (wieder erstarkten) Russlands. Wie ist das Verhältnis der USA zu Schwellenländern?

„Kurt Schumacher in der deutschen Nachkriegspolitik (1945-1952): Demokratischer Sozialismus - Deutsche Einheit - Europäische Friedensordnung“

Prof. Dr. Peter Brandt, 20. August (Mo, 19.30)

Kurt Schumacher war von 1946 - 1952 der erste Parteivorsitzende der SPD, zunächst in den drei westlichen Besatzungszonen, ab 1949 in der Bundesrepublik Deutschland. Bis zu seinem Tode 1952 war er SPD-Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer im ersten Deutschen Bundestag. Ministerpräsident Heinz Kühn nannte ihn 1985 bei der Übernahme seines Namens für die Kurt-Schumacher-Akademie einen "großen sozialdemokratischen Patrioten". Kurt Schumacher starb am 20. 8. 1952.

Nationalpark Eifel: Natur und Geschichte

21. bis 23. September (Fr. 17.00 Uhr - So. 13.00 Uhr)

Der Nationalpark Eifel ist ein Publikumsmagnet - nicht ohne Probleme für die Umwelt. Der Einführung in Konzept und Geschichte des Parks folgt eine ganztägige Exkursion in den Park und eine Besichtigung der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang mit der Vorstellung des politisch-pädagogischen Konzeptes.

Veranstaltungshinweise GRÜNEN JUGEND

ÄNDER DAS! Bündniscamp – Gemeinsam für eine bessere Welt!

16. bis 19. August 2012 am Ruppiner See (Brandenburg)

Von Donnerstag 16. bis Sonntag 19. August treffen sich junge engagierte Menschen aus unseren Bündnisorganisationen (Jusos, BUNDjugend, Naturfreundejugend, DGBjugend, Falken, DBAJ und Jugendwerk der AWO) am Ruppiner See zu zahlreichen Workshops, Diskussionsrunden und einem umfangreichen Angebot an Freizeitaktivitäten.

Weitere Infos und die Anmeldung zum Bündniscamp unter <http://www.aenderdas.de/bundniscamp/>

Bundesfrauenkonferenz der GRÜNEN JUGEND

08./09. September 2012 in Berlin.

Bei der ersten Bundesfrauenkonferenz der GRÜNEN JUGEND sollen sich junge Frauen treffen, vernetzen, fortbilden, Meinungen bilden und auch Entscheidungen finden. Geplant sind unterschiedliche Workshops, eine Podiumsdiskussion, gemeinsames Grillen und Diskussionen über junge Frauenpolitik und Feminismus.

Infos und Anmeldung unter http://www.gruene-jugend.de/aktuelles/termine/event_11134.html

Seminar: Queere Jugendarbeit in Deutschland - Probleme und Chancen

07. bis 09. September 2012 in Bochum

Veranstalter ist das Fachforum Queer der GRÜNEN JUGEND, Infos und die Anmeldung unter http://www.gruene-jugend.de/aktuelles/termine/event_11090.html

Seminar: Wandel in der arabischen Welt

05. bis 07. Oktober 2012 in Mannheim.

Veranstalter ist das Fachforum Nahost der GRÜNEN JUGEND. Weitere Infos und die Anmeldung gibt es hier: http://www.gruene-jugend.de/aktuelles/termine/event_11089.html

Denkt@g 2012: Hinsehen – Einmischen – Mitgestalten Jugendwettbewerb gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog ist der 27. Januar – der Jahrestag der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz – seit 1996 in Deutschland offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Ende 2005 hat auch die UN-Vollversammlung diesen Tag zum weltweiten Holocaust-Gedenktag bestimmt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt dies seit einigen Jahren zum Anlass für eine Reihe von bundesweiten Projekten im Umfeld des 27. Januars. In zahlreichen Bundesländern werden Zeitzeugengespräche und Vortragsveranstaltungen, Lesungen und Ausstellungen durchgeführt. In dem bundesweiten Internetwettbewerb „DenkT@g“ unter Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert werden überdies junge Leute dazu aufgefordert, sich mit der Erinnerung an Shoa und NS-Diktatur, aber auch mit aktuellen Fragen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2012. Die Preisverleihung findet am 27. Januar 2013 in Berlin statt.

Link zu [weiteren Informationen](#)

AL-Projekt „Vertreten – Verbinden – Verantworten.“ Netzwerk zum sozialen Engagement im Handwerk.

Mit dem Projekt „Vertreten – Verbinden – Verantworten. Netzwerk zum sozialen Engagement im Handwerk“ setzt der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN auf die Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft. Ziel des Projekts ist es, ehrenamtliche Strukturen und Netzwerke von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Handwerk zu schaffen. Es werden gemeinsam mit ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Süd, Rheinland-Pfalz und Sachsen Beratungs- und Bildungsangebote geschaffen, die die Beschäftigten konkret dabei unterstützen, nachhaltige ehrenamtliche Strukturen zu schaffen und sich in ihren Branchen und Betrieben aktiv zu beteiligen.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem DGB Bundesvorstand und dem DGB Bildungswerk BUND durchgeführt. Die bundesweite AL-Struktur und die Zusammenarbeit mit dem DGB Bundesvorstand ermöglichen es, das Bildungsangebot breit in den Handwerkskammer-Bezirken zu platzieren. Das Thema Ressourceneffizienz wird als ein thematischer Schwerpunkt innerhalb des Projekts durch das DGB Bildungswerk BUND besetzt. Insbesondere im Handwerk wird das Thema Ressourceneffizienz zur Zukunftsfrage – ökonomisch wie ökologisch.

Das Projekt „Vertreten – Verbinden – Verantworten. Netzwerk zum sozialen Engagement im Handwerk“ wird im Rahmen des Programms „CSR - Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert und läuft bis Ende 2014.

Kontakt: Victoria Schnier, Tel.: 0202-97404-19, E-Mail: schnier@arbeitundleben.de

Arbeit und Leben legt Qualifizierungskonzept vor Abschlusspublikation zum Projekte „Netzwerk Q“

„Netzwerk Q“ ist für den Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN das dritte Projekt im Themenfeld Zivilcourage und Gewaltprävention der letzten Jahre – ein hochaktuelles Themenfeld mit gesellschaftlichen Problemanzeigen wie Diskriminierung und Ausgrenzung von Minderheiten und der Beteiligung der Menschen an der Demokratie.

Nach drei Jahren intensiver Arbeit legen die Projektverantwortlichen von „Netzwerk Q – Fortbildung, Qualifizierung, Training für Integration und Vielfalt“ mit einer Publikation ein Konzept zur Qualifizierung von Trainerinnen und Trainern für Zivilcourage und Gewaltprävention vor. Eingebettet ist das Qualifizierungskonzept in Beiträge zum wissenschaftlichen Diskurs über die gesellschaftlichen Entwicklungslinien, den Kontext Politische Bildung, der Hochschulausbildung sowie der Vorstellung von zentralen Ergebnissen des Projektes.

Die Printversion kann beim Bundesarbeitskreis kostenfrei bestellt werden. Unter der Adresse www.arbeitundleben.de/Publikationen steht ein Download zur Verfügung.

Kontakt: Lothar Jansen, Tel.: 0202-97404-17, E-Mail: jansen@arbeitundleben.de

Die Energiewende mit politischer Bildung begleiten Neue Ausgabe der adb-Zeitschrift „Außerschulische Bildung“

In der aktuellen Ausgabe der Vierteljahrszeitschrift „Außerschulische Bildung“ geht es um die aktuellen Herausforderungen nationaler und internationaler Umweltpolitik, die in der Folge der nuklearen Katastrophe in Fukushima vor allem in der Umsetzung sinnvoller Strategien einer nachhaltigen Energiepolitik bestehen. In den Beiträgen dieses Heftes werden Ziele der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auf die politische Bildung bezogen und in konzeptionellen Anregungen konkretisiert. Voraussetzungen einer neuen Energiewirtschaft nach der Energiewende werden erläutert und daraus resultierende Anforderungen formuliert und Möglichkeiten zur Förderung nachhaltigen Denkens und Handelns in Politik und Lebensalltag an verschiedenen Beispielen aus der Bildungspraxis dargestellt.

„Außerschulische Bildung“ Nr. 1-2012, hrsg. vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, 133 Seiten, zum Preis von 6 Euro pro Einzelheft oder im Abonnement zu beziehen bei der Geschäftsstelle des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten über <http://www.adb.de/publikationen/bestellen-ab.php>.

AdB-Jahresbericht 2011 und Jahresbericht 2011 im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ erschienen

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) legt unter dem Titel „Verstehen – Mitmachen – Gestalten. Politische Bildung im AdB“ seinen Jahresbericht 2011 vor. Er erläutert darin die Ziele und Schwerpunkte seiner Arbeit und informiert über seine verschiedenen Aktivitäten, zu denen u. a. Fachtagungen, Fortbildungen, internationale Maßnahmen, Projekte, Interessen- und Öffentlichkeitsarbeit gehören.

Darüber hinaus ist der Jahresbericht 2011 im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ erschienen. Unter dem Titel „Kooperationen mit Schulen im neuen Programm Politische Jugendbildung im AdB“ werden darin erste Ergebnisse der 2011 gestarteten, neuen Arbeitsphase in diesem Programm und zahlreiche Praxisbeispiele präsentiert. Die inhaltlichen Grundlagen der vier Themenschwerpunkte des Programms - „Globalisierung und Medienkommunikation“, „Partizipation und Demokratie in und mit der Schule“, „Aufwachsen in der Einwanderungsgesellschaft“ sowie Arbeitsweltbezogene politische Bildung“ – sowie Aktivitäten, Arbeitsergebnisse und Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit werden vorgestellt. Ein gesondertes Kapitel geht darauf ein, wie Jugendliche mit Migrationshintergrund mit attraktiven Angeboten der politischen Jugendbildung einbezogen werden können. Zahlen, Daten und Trends sowie Steckbriefe der beteiligten Fachkräfte des Programms ergänzen den Jahresbericht.

Beide Berichte können in gedruckter Version bei der AdB-Geschäftsstelle angefordert werden und stehen auf der AdB-Homepage als Download bereit unter: <http://www.adb.de/publikationen/jahresberichte.php>.

Neues AKSB-didado Spezial zum Themenschwerpunkt Web 2.0 erschienen

Das neue AKSB-didado Spezial zum Themenschwerpunkt Web 2.0 ist erschienen und enthält Methoden und Links zum "Web 2.0" in der politischen Bildung. Die Publikation kann unter http://www.aksb.de/upload/dateien/Methodenblatt6_Webkl.pdf heruntergeladen werden.

Publikation „Familie 2020: Aufwachsen in der digitalen Welt“

Mit der kürzlich beim Verlag Barbara Budrich erschienenen Publikation "Familie 2020: Aufwachsen in der digitalen Welt" sollen Lesende „fit“ für das Thema Medienkompetenz gemacht werden. Herausgegeben haben das Buch das Bonifatiushaus in Fulda, die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) und das Institut für Medienpädagogik und Kommunikation (MUK Hessen). Weitere Informationen unter <http://www.budrich->

„Bildung in Deutschland“ - Vierter Bildungsbericht erschienen

Der vierte Bildungsbericht ist erschienen und setzt sich in seinem Schwerpunktthema mit „Kultureller/musisch-ästhetischer Bildung im Lebenslauf“ auseinander. Der Bericht „Bildung in Deutschland 2012“ belegt die hohe Priorität für Bildung in Deutschland und die deutlichen Verbesserungen, die in den vergangenen Jahren erreicht wurden: Die frühkindliche Bildung ist heute fester Bestandteil jeder Bildungsbiographie. Der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss konnte weiter gesenkt werden, die Studienanfängerquote ist stark auf über 50% gestiegen. Die Bildungsausgaben sind trotz schwieriger ökonomischer Rahmenbedingungen weiter erhöht worden, ihr Anteil am BIP nahm auf 7% zu. Deutschland investiert so viel in Bildung wie nie zuvor. Allerdings zeigt der Bericht auch, dass diejenigen, die es schwerer haben, noch stärker gefördert werden müssen.

Der Bericht, der alle zwei Jahre erscheint, wurde von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unter der Leitung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) erstellt. Maßgeblich beteiligt waren das Deutsche Jugendinstitut (DJI), die Hochschul-Informationen-System GmbH (HIS), das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) sowie das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder.

Quelle: <http://www.bmbf.de/de/6204.php>

Der Bildungsbericht steht zum Download zur Verfügung unter:
<http://www.bildungsbericht.de/zeigen.html?seite=10203>

[zur Übersicht](#)

9. ABBESTELLUNG

Sollten Sie keine weitere Zusendung des bap-Newsletters wünschen, bitten wir um kurze Nachricht an service@bap-politischebildung.de

10. REDAKTION

Bundesausschuss Politische Bildung

Redaktion und Kontakt:

Christina Marx

crossrelations GmbH (GPRA)

Tel.: 0211 • 88 27 36 - 46

Fax: 0211 • 88 27 36 - 11

Mail: presse@bap-politischebildung.de

I-Net: www.bap-politischebildung.de

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen. Den Ausführungen liegen Quellen zugrunde, die der Herausgeber als vertrauenswürdig erachtet. Für die Inhalte externer Internetseiten, auf die mit Hilfe eines Links verwiesen wird, sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Jegliche Haftung durch den Bundesausschuss Politische Bildung ist daher ausgeschlossen.